

Sohrauer Stadtblatt.

31119

Publikations-Organ der amtlichen Behörden von Sohrau O.S., sowie der Vereine.

Mit der Gratis-Unterhaltungs-Beilage „Illustriertes Sonntagsblatt“.

Erscheinung
wöchentlich zweimal: Mittwoch und Sonnabend.
Bezugspreis: Vierteljährlich frei ins Haus und bei allen Postämtern 1 Mk. 50 Pfg.

Druck und Verlag von
P. Hunold's Stadtbuchdruckeri, Sohrau O.S.
Verantwortlicher Redakteur: Paul Hunold.

Anzeigenpreis:
für die einseitige Zeile oder deren Raum 20 Pf.
Inseraten-Ausnahme bis nachmittags 1 Uhr der dem
Erscheinungstage.

Nr. 1.

Samstag, 27. 12.

Mittwoch, den 1. Januar 1919

Freitag, 27. 12.

41. Jahrg.

Neujahr.

Offenbarung 1, 17, 18, Fürchte dich nicht! Ich bin der Erste und der Letzte und der Lebendige.

Ein neues Jahr liegt vor uns. Ist es schon immer ein erster Schritt aus dem Alten ins Neue, dem Bekannten ins Unbekannte, wiewohl mehr jetzt, wo die Zukunft uns nur eins gewiß verbürgt: Not, Elend, Erniedrigung. Auch der starke Mann muß seine Furcht vor den kommenden Ereignissen bekennen. Da tönt uns das Wort des verklärten Heilandes freundlich und tröstlich entgegen: „Fürchte dich nicht! Ich bin der Erste und der Letzte und der Lebendige!“ Ja, Christus der Erste, der vor allem Erschaffenen war, und der Letzte, der sein wird, wenn alles Erschaffene vergangen ist. So ist er also der Lenker der Zeiten, der Regent der Völker und auch unser Herr. Und wenn er sich auch seiner Herrschaft augenblicklich scheinbar begeben und seine Macht in wenig geeignete Hände gelegt hat, Gottes Wort erinnert uns heut am Neujahrstage: „Ich bin der Erste,“ nicht nur der Zeitrechnung nach, nein, Gott steht auch am ersten Platz, er gibt sein Reich und seine Herrschaft nicht aus den Händen. Er verleiht wohl eine Welle mit seinem Eingreifen in die Räder des Weltgetriebes. Einmal die Völker sich selbst regieren, um ihnen zu zeigen, wie bald diese ihre angemessene Macht zusammenbricht, wie wenig sie seine Hilfe entbehren können. Vielleicht wird er uns lange Zeit scheinbar verlassen, uns unsern grausamen Feinden überlassen, aber er hat nicht aufgehört zu sein. Er kann auch nicht aufhören, uns zu lieben. Denn er ist auch der Letzte, wenn alle Reiche dieser Welt, sie selbst, zerfallen sind, wird Gott doch sein als der Letzte, der Herrschende. Wie er einst vor der Schöpfung über dem Chaos schwebte, so wird er auch nach dem Untergang der Welt auf ihre Trümmer oder ihre Neugefaltung herablicken. Das gibt uns die tröstliche Gewißheit, daß, wenn alle Machtshaber unserer Zeit geendet haben, so oder so, er doch noch da sein wird. Was auch unsre Feinde und unsre Volksherrscher beginnen und planen, was sie auch einreißen und aufbauen mögen, sie können nur tun, was Gott zuläßt. Und zuletzt, wenn sie ihre Pläne ausgeführt haben, ohne zu wissen, daß sie Vollstrecker des göttlichen Willens sind, vielleicht seines väterlichen Zornes über das untreue, abtrünnige deutsche Volk, wird er als der Letzte entscheidend einschreiten und seinen Willen an uns und durch uns vollenden. Alles Irdische ist sterblich. Das ist zwar tief niederdrückend. Ach wieviel Hohes, Edles, Reines, Liebes ist in diesem Jahre gestorben, verdorben! Wieviel Wunden sind unserm Herz geschlagen, wieviel Lücken in unserm Lebenskreis gerissen worden! Es ist alles eitel.

Die neue Reichsregierung.

Die Regierung an das Volk.

Aus Berlin, 29. Dezember, wird amtlich gemeldet: Die Krisis in der Reichsregierung hat sich in der Weise gelöst, welche die Allgemeinheit des deutschen Volkes erwartet hat. Die Unabhängigen sind aus der Regierung ausgeschlossen. Der Zentralrat hat auf eine Frage der Unabhängigen erklärt, daß Ebert, Landsberg und Scheidemann dem Kriegsgemischten lediglich den Antrag erteilt hätten, das Nötige zur Befreiung des Stadtkommandanten Wels zu veranlassen. Auch dies sei erst geschehen, nachdem den drei Regierungsmitgliedern von dem Führer der Volksmarine-division telephonisch mitgeteilt worden sei, daß er für das Leben von Wels nicht mehr garantieren könne. Der Zentralrat erklärte aus-

drücklich, daß er dies Vorgehen billige. Trotz dieser Entlassung durch die höchste Instanz haben die Unabhängigen eine „Verschuldung“ der Regierungsmitglieder Ebert, Landsberg und Scheidemann konstatiert und damit ihren Austritt begründet. Unter dem nächsten Vorwande, einer Verantwortung überhoben zu sein, haben die Unabhängigen auf folgende Fragen des Zentralrates die Antwort verweigert: Sind die Volksbeauftragten bereit, die öffentliche Ruhe und Sicherheit, insbesondere auch das private und öffentliche Eigentum gegen gewaltsame Eingriffe zu schützen? Sind sie mit den ihnen zu Gebote stehenden Mitteln auch bereit, ihre eigene Arbeitsmöglichkeit und die ihrer Organe gegen Gewalttätigkeiten, ganz gleich von welcher Seite sie erfolgen sollten, zu gewährleisten?

Die Regierung liegt nun allein in den Händen der sozialdemokratischen Partei; sie wird zu den drei bisherigen Mitgliedern noch weitere delegieren, wobei auch dem Süden Deutschlands eine Vertretung gesichert werden soll. Berlin ist ruhig. Von dem festen Willen der Arbeiter, Bürger und Soldaten der deutschen Volksrepublik wird erwartet, daß sie sich mit ganzer Entschlossenheit hinter die neue einigte Regierung stellen.

Die Mitglieder der neuen Regierung. Aus Berlin wird uns gemeldet: Nach der entscheidenden Sitzung des Zentralrates, in der die Unabhängigen aus der Regierung ausgeschlossen sind, hat der Zentralrat die Bildung der neuen Regierung vorgenommen. Die neuen Mitglieder sind sämtlich Mehrheitssozialisten, und zwar: Ebert, Scheidemann, Landsberg, Noske, Lütke (Breslau) und Wissel.

Lütke lehnt ab.

Aus Breslau wird gemeldet: Stadtrat Lütke teilt der „Breslauer Zeitung“ mit, daß er die Berufung ins Ministerium nicht angenommen hat. Er begründet dies ausführlich in einem Schreiben an den Zentralrat, in dem er erklärt, daß er seine ganze Kraft für Schlesien und Breslau verwenden wolle und nicht glaube, daß er den Hoffnungen, die Berlin auf ihn setze, entsprechen könne.

Die Regierung in Berlin hat sich daraufhin entschlossen, es bei einem Fünf-Männer-Kollegium zu belassen.

Die Verteilung der Ressorts. Aus Berlin wird gemeldet: Die neue Reichsregierung hat während der ganzen Sonntags-Nacht ihre erste Sitzung abgehalten, in der vor allem das Programm und die nächsten notwendigen Maßnahmen festgesetzt und durchberaten wurden. Die neuen Mitglieder des Kollegiums nahmen an der Beratung teil, in der bestimmt wurde, daß Scheidemann die Auswärtigen Angelegenheiten, Noske die militärischen, und Wissel die sozialpolitischen Aufgaben übernehmen soll. Es wurde bei dieser Gelegenheit aufs neue darauf hingewiesen, daß es sich lediglich um eine Arbeitsteilung innerhalb des Kabinetts handle, durch welche die Zuständigkeit der Reichsämter in keiner Weise berührt wird.

Rücktritt der preussischen Minister der Unabhängigen.

Berlin, 29. Dezember. Nachdem die drei Volksbeauftragten der Unabhängigen, Haase, Dittmann und Barth, infolge der Beschlüsse des Zentralrates ihren Austritt aus der Regierung erklärt haben, haben sich heute nachmittags in einer gemeinsamen Sitzung die preussischen Minister der Unabhängigen entschlossen, aus der Regierung auszutreten. Es handelt sich um die Minister Dr. Brellscheid, Hofer, Hoffmann und Strebel. (Der Rücktritt des Kultusministers Hoffmann dürfte in allen

kirchlich-gesinnten Kreisen eine frohe Genug-tung auslösen.)

Die Berliner Massendemonstration. Berlin, 30. Dezember. Bei den gestrigen Stabendemonstrationen in Berlin für die Regierung Ebert-Scheidemann sind noch einer als zuverlässig anzusehenden Schätzung mehr als 400000 Personen beteiligt gewesen.

Was hat die Reichskonferenz der U- und S.-Räte erreicht?

Von den Vorgängen im Reich beansprucht die Reichskonferenz der Arbeiter- und Soldaten-Räte erhöhtes Interesse. Sieht man über die von Unabhängigen Sozialdemokraten und Spartakulanten herbeigeführten unwürdigen und widerlichen Szenen hinweg und stellt die Frage, was diese Konferenz gewollt und was sie wirklich erreicht hat, so ist festzustellen: der Volksrat ist endlich in der Verfassung verschwunden. Der sog. Reichen-Müller hat durch seine Berichterstattungsrede das nach innen und außen nur unheilvolle Wirken des Volksrates nicht zu verschleiern vermocht. Die von Unrichtigkeiten strotzende Rede Müllers hat nur bestätigt, daß der Volksrat reine Parteipolitik radikaler sozialdemokratischer Richtung betrieben hat. Das Wohl der Gesamtheit ist leer ausgegangen; wo der Volksrat in Interessen der Allgemeinheit eingegriffen hat, ist durch seine Unfähigkeit nur Schaden angerichtet worden. An seine Stelle ist ein neuer sog. Zentralrat lediglich aus Mehrheitssozialisten gewählt worden. Auch dieser ist aber nur ein Provisorium. Das Räte-system soll und wird künftig weggelassen, da es selbst nach der Meinung Scheidemanns keine für deutsche Verhältnisse brauchbare Regierungsform ist. Innerpolitisch wichtiger ist der Beschluß der Konferenz, die Wahlen zur Nationalversammlung am 19. Januar stattfinden zu lassen. Bis dahin soll die gesetzgebende (Legislative) und die ausführende Gewalt (Executive) von den 6 Volksbeauftragten ausgeübt werden. Der Zentralrat hat Kontrollgewalt und die Befugnis, nötigenfalls Volksbeauftragte abzurufen und durch neue zu ersetzen. Da nur Mehrheitssozialisten im Zentralrat sitzen, so haben die drei der sozialdemokratischen Mehrheitspartei angehörenden Volksbeauftragten eine Absehung kaum zu fürchten. Die weitere innerpolitische Entwicklung hängt von der Zusammenlegung der Nationalversammlung ab. Wie diese zusammengesetzt sein wird, ist noch ungewiß. Natürlich hoffen die Mehrheitssozialdemokraten auf eine absolute Mehrheit, worin sie durch den Ausfall der Wahlen zur konstituierenden Landesversammlung für Anhalt und für Mecklenburg befürcht werden. In Anhalt erzielten die Mehrheitssozialisten 22 Mandate und damit die Mehrheit, in Mecklenburg 21 Mandate gegen 21 der bürgerlichen Parteien, eine erhebliche Zunahme sozialdemokratischer Stimmen ist unverkennbar. Durch die Reichskonferenz ist die Stellung der vorläufigen 6-Männer-Regierung nach innen gestärkt worden, zumal die nur scheinbare Nebenregierung des üblichen radikalen Volksrates weggelassen ist. Dem Ausland, besonders der Entente gegenüber sieht die Regierung aber nicht anders als bisher gegenüber. Sie wird als verfassungsmäßige und damit verhandlungsfähige Regierung auch weiterhin nicht anerkannt, denn sie verdammt ihre Existenz nicht dem Willen des gesamten Volkes, sondern immer noch allein dem Willen der sozialdemokratischen Partei.

Unter polnischer Gewalt.

Berlin, 30. Dezember. Gnesen ist von den Polen besetzt. Jede Verbindung ist abgebrochen. Hierzu meldet der „Volk-Anzeiger“: Das in Gnesen stehende 12. Dragoner-Regiment

und das 49. Infanterie-Regiment wurden über-
rumpelt und ergaben sich. Das Artillerie-
Regiment 2 und das Infanterie-Regiment 54 in
Kolberg sind nach Gnesen zur Unterdrückung
der polnischen Unruhen abgegangen.

Zu den Vorgängen in Polen meldet der
„Vorwärts“: Waffen befinden sich massenhaft
in den Händen der Polen. Man ist seines
Lebens nicht mehr sicher. Offiziere und Mann-
schaften, die in dem Besitz von Waffen und
vordrucksfähigen ausgerüsteten Waffeneinheiten
waren, sind von den Polen Waffen und Geld
abgenommen worden, teilweise wurden sie stand-
rechtlich erschossen. Sonnabend vormittag soll
es 34 Tote gegeben haben. Das Fernamt ist
von den Polen besetzt, sodass ein Anruf von
Polen aus unmöglich war. Auch der Tele-
graphenverkehr ist unterbrochen. Der Soldaten-
rat arbeitet unter polnischer Bewachung im
Marshall. Die Reichsregierung ist um sofortige
Lebensrettung von Trossen gebeten worden,
die hier den Polen gegenüberstehen können.

Wie weiter gemeldet wird, haben sich in
Polen zwischen polnischen Regionalräten und deut-
schen Truppen heftige Straßenkämpfe entpannen.
Die Regierungsmilitäre der Aushberg, Hirsch
und Breitfeld begaben sich nach Polen. Der
Bahnhof wurde von den Polen in polnischer
Uniform besetzt, von den Deutschen wieder-
erobert, schließlich aber doch wieder von der
polnischen Lebensmacht genommen. Dabei fielen
zahlreiche Opfer.

Bei Skalmerzig übergriff eine polnische
Abteilung die Grenze. Die Deutschen machten
von der Waffe Gebrauch. Die Polen zogen
Verfälschungen heran. Die Deutschen mußten
flüchten. Seitdem ist auch mit Skalmerzig
jede Verbindung abgebrochen.

Bereits vier polnische Republiken!

Ein toben aus Polen zurückgekehrter Deutscher
teilt mit, daß drüben in Polen die Zustände
fürchterlich sind. Es sind vier Republiken ge-
bildet worden, Krakau, Lemberg, Warschau und
Lublin. Eine Verwaltung des Landes findet
kaum noch statt. Jeder bestrebt, niemand ge-
hört. Die Getreideration ist auf das Dop-
pelte in die Höhe gestiegen worden, so daß auch
dort zweifellos der Hunger bald an die Tür
klopfen wird. Die Grenz- ist polnischerseits
stark besetzt, wodurch jede Lebensmittelzufuhr
verhindert ist. Wir können sicher sein, daß,
sobald in Polen die Lebensmittel knapp werden,
eine Ausfuhr aus der Provinz Polen nach
Polen stattfinden wird. Schon befinden sich
deutsche Soldaten polnischer Junge in der pol-
nischen Armee. Sie gehen in deutschen Uni-
formen, tragen unser deutsches Koppelschloß
und nur die polnische Mütze erinnert daran,
daß der Träger dieser preussischen Uniform pol-
nischer Soldat ist. Diese Zustände werden also
immer erhebender.

Der deutsche Protest gegen die polnischen Wahlen.

Der Krakauer „Nowy Dziennik“ vom 20. 12.
meldet: „Gazeta Poranna“ berichtet, daß die
Regierung die Note des Dr. Solf, in der gegen
die Wahlen in der Provinz Polen protestiert
wird, nicht zur Kenntnis genommen habe.

Die Polen auf der Friedenskonferenz.

„Gazeta Poranna“ berichtet, daß das pol-
nische Nationalkomitee in Paris die Zustimmung
erhalten habe, daß Vertreter Polens an Kon-
ferenzen des Friedenskongresses teilnehmen würden.

Die Durchführung des Religionsunterrichts- erlasses verschoben.

Berlin, 26. Dezember. (Amstsch.) Mit
Rücksicht auf die lebhaften Bedenken, die viel-
fach gegen den Erlass über den Religionsunter-
richt vom 29. November geltend gemacht worden
sind, ordne ich hiermit an, daß seine Durch-
führung überall dort, wo sie auf erhebliche
Schwierigkeiten stößt, bis zur Entscheidung
durch die preussische Nationalversammlung zu
unterbleiben hat.

Der Minister für Wissenschaft, Kunst und Volkshochbildung.

Es ist gewiß anzuerkennen, daß Minister
Haentisch den zahllosen entrichteten Protestkun-
dungen, die allenthalben, von katholischer wie
evangelischer Seite, gegen den Erlass laut ge-
worden sind, Rechnung getragen hat. Allein,
es wäre verfehlt, wollte man sich deshalb der
Erwartung hingeben, daß der Kampf gegen die
christliche Schule nun eingestellt werden würde.
Wenn die Wahlen zur preussischen National-
versammlung eine Mehrheit jener Richtung er-
geben, die für die Entzerrung der Schule
und für die Trennung von Staat und Kirche
eintrifft, so wird die Durchführung der darauf
abzielenden Erlasse eine noch viel radikalere
werden.

Die Verschleuderung von Staatsgeldern.

Ueber die Verschleuderung von Staatsgeldern
wird der „Schlesischen Zeitung“ geschrieben:
Für die neue, ebenso diebstahlige wie kost-
spielige Nebenregierung fehlt es zurzeit an jedem
Rechtsmittel. Einmalen besteht für das Reich
wie für Preußen noch die alte verfassungs-
mäßige Grundlage. Finanzstellen dokumentiert sie
sich in den Akten, die bis 1. April 1919 einer-
seits vom Reichstage, andererseits vom Land-
tage und Herrenhaufe in Genehmigung und Aus-
gabe festgelegt worden sind. Insofern besteht
auch für den Reichs-Rechnungshof wie für die
preussische Oberrechnungskammer die Pflicht,
nach Ablauf des Etatsjahres die Abrechnun-
gen entgegenzunehmen, sie auf die Übereinstim-
mung mit den bewilligten Etats in Genehmigung
und Ausgabe zu prüfen und jede Etatsüber-
schreitung zu beanstanden. Dieser Pflicht könn-
ten die genannten Behörden nicht entziehen,
und lagt sich daraus schon jetzt der Zeitpunkt
feststellen, zu dem die willkürliche Ausgabe für
Polen, Soldaten und andere sogenannte Räte
beanstanden und deren Wiedererstattung verfügt
werden dürfte. Die Abstinenznahme hiervon
könnte nur dann eintreten, wenn die demnächst
einberufende Nationalversammlung eine Nach-
tragsbewilligung für diese Summen oder rich-
tiger Limitationen vergendeter Staatsgelder be-
schließen und die Einzelgelder damit belassen
würde. Dafür wird sich in der künftigen Ver-
tretung nie eine Majorität finden, und besteht
damit die Hoffnung, daß die jetzt beliebte Ver-
schleuderung öffentlicher Gelder ihre Sühne
finden wird. Vielleicht regt diese Betrachtung
die gegenwärtigen Nachbater und Empfänger
reicher Verbinden zum Nachdenken an. Reichs-
Rechnungshof und Oberrechnungskammer kennen
ihre Pflicht; ihnen keine, solange dem Reich
und Preußen der Charakter eines Reichstaates
beizubehalten, die Belugnis und die Machtmittel zur
Seite, ungeachtet veranschlagte Staatsgelder
wieder einzuzahlen.

Die Schäden der Weihnachtsunruhen.

Berlin, 28. Dezember. Die durch die
revolutionären Kämpfe im Schloß und im
Marshall angerichteten Schäden werden auf
mehrere Millionen Mark beziffert. Das Finanz-
ministerium wird das Schloß unverzüglich wie-
der herstellen und als Nationaldenkmal unter
den Schutz der preussischen Nationalversam-
lung stellen.

Zur Lebensmittelversorgung der Mittelmächte.

Wie der „Newport Herald“ mitteilt, werden
die Lebensmitteltransportschiffe für die Mittel-
mächte am 10. Januar Hoboken bei Newport
verlassen.

Des Kaiserpaars Weihnachtsfest.

Der Amsterdamer „Telegraaf“ meldet aus
Amerongen:
Der frühere Kaiser, der in den letzten Wochen
ernsthaft erkrankt war, ist jetzt soweit hergestellt,
daß er täglich eine Stunde in den Wandel-
gängen des Schlosses sich ergehen kann. An
der Weihnachtsfeier und dem Gottesdienst im
Schloß nahm der Kaiser teil und verweilte
längere Zeit hinter dem brennenden Weihnachts-
baum. Er verteilte Geschenke an die Bedien-
ten, darunter goldene Nadeln mit einem W
und der Krone darüber. Auch die Kaiserin
war bei der Weihnachtsfeier zugegen.

lokales u. Provinziales.

Sobran D. S., den 31. Dezember 1918.

§ (Ein gesegnetes Neues Jahr) wünscht
allen Geschädigten Leuten und Kerinnen Verlag
und Erschließung des Stadtblattes.

§ (Der Eisenbahn-Unterschieds-
Richter) ist vom 1. Januar 1919 ab in
gleicher Eigenschaft nach Lützen (Prov. Sachsen)
versetzt.

§ (Das Eisener Kreuz) wurde verliehen
dem Bahnspektoralen Herrn Georg Badra in
hier selbst.

§ (Erhöhung des Anzeigenpreises.)
Vom 1. Januar 1919 ab wird der Anzeigen-
preis im „Sobraner Stadtblatt“ von 15 Pf.
auf 20 Pf. die einpaltige Zeile erhöht.

§ (Krieger-Erbum.) In der Zeit vom
5.-7. Januar 1919 wird in der hiesigen kath.
Pfarrkirche ein feierliches Krieger-Erbum ab-
gehalten. Die Gottesdienstordnung ist folgende:
Sonnabend den 4. Januar: Nachmittags von
4 Uhr ab Beichtgelegenheit für die deutschen
Krieger. Sonntag den 5. Januar: Vormittags
1/8 Uhr deutsche Predigt für die heimgekehrten
Krieger; hierauf hl. Messe mit Aushebung aus
deren Meinung. Hierbei Opfergang und Gener-
alkommunion. 10 Uhr polnische Predigt für
alle Parochianen, hierauf Hochamt mit Wap-
gebet und hl. Segen. Nachmittags 2 Uhr pol-
nische, 3 Uhr deutsche Andacht zu Ehren der

Mutter Gottes. Vormittags von 7 Uhr an
und nachmittags von 1/2 3 Uhr Beichtgelegenheit
für die polnischen Krieger. Montag, den 6.
Januar: Vormittags 1/8 Uhr polnische Pre-
digt für die heimgekehrten Krieger; hierauf hl.
Messe mit Aushebung, Opfergang und Gener-
alkommunion auf deren Meinung. 10 Uhr deutsche
Predigt für alle Parochianen, hierauf Hochamt
mit Wapgebet und hl. Segen. Nachmittags
2 Uhr deutsche, 3 Uhr polnische Andacht zu
Ehren der Mutter Gottes. Dienstag, den 7.
Januar: Vormittags 1/2 7 Uhr deutsche Predigt,
7 Uhr Seelenamt für die gefallenen Krieger
mit deutschem Gesang; 1/2 8 Uhr Totenoffizium;
8 Uhr polnische Predigt; 1/2 9 Uhr Seelenamt
für die gefallenen Krieger mit polnischem Ge-
sang, 9 Uhr Coustult und Salve.

§ (Evang. Gemeinde.) Am Montag
den 6. Januar, um 1/2 10 Uhr vormittags findet
in der hiesigen evang. Kirche eine Versam-
lung der evang. Wähler beiderlei Geschlechts
statt, wobei in deutscher und in polnischer Sprache
im Hinblick auf die bevorstehenden Wahlen zur
Nationalversammlung die Frage der Trennung
von Kirche und Staat, Religionsunterricht und
Schule und das zünftliche Schicksal Ober-
schleffens behandelt werden sollen. Alle stum-
mberchtigten Mitglieder der Gemeinde sind hierzu
eingeladen. — An einem noch zu bestimmenden
Sonntag im Monat Januar findet ein Fest-
gottesdienst zu Ehren der heimgekehrten Krieger
statt.

§ (Landwirtschaftlicher Lokalverein.)
In der am 27. d. M. in Zweig Hotel Ratt-
schandeneu Sitzung wurde der hiesige Vor-
sitz, bestehend aus den Herren: Fürst, Ritter-
gutsbesitzer Roldo-Brandt (Vorsitzender),
Rittergutsbesitzer Prosk-Rogolka (Revisor),
Vorsitzender, Kaufmann Schar-Sobran (Kassier),
Vorsitzender und Gutsworwaller Dohm-Suffel
(Schlichter) wiedergewählt. Bei der Sitzung
der Vorstandsmitglieder der landwirtschaftlichen
Arbeiter zeigte sich die Befürchtung, daß,
eine den hiesigen Verhältnissen entsprechende Er-
höhung der Löhne eintreten zu lassen.

§ (Ein Ortsbrief der preussischen Bis-
chöfe.) In einem Ortsbrief wenden sich die
preussischen Bischöfe gegen die Trennung von
Kirche und Staat. In teilschönen Worten und
in ausführlicher Begründung wird dagegen Ver-
weigerung eingeleitet, daß die Religion aus der
Schule verschwinden und die Kirchenämter einge-
zogen werden sollen. Es wird darauf hingewiesen,
daß die Rechte der Kirche durch bindende Ver-
träge garantiert sind und daß ein Staat ohne
Religion seinen eigenen Bestand, T. u. u. Ad-
ligkeit, Familienleben und Erziehung gefährdet.
Der Ortsbrief schließt mit dem Aufruf, mit
allen erlaubten Mitteln gegen diesen „Kultur-
kampf von noch viel schlimmerer Art“ Protest
zu erheben.

§ (Die Aufhebung der Kreisblat-
terien), von denen der Kreis Hildesheim je eine in
Sobran, Klostau und Hildesheim unterhält, ist in
einer Sitzung der Kreis-Lebensmittelkommission
beschlossen worden. Somit werden ab 1. Februar
die Blätter wieder direkt mit Vieh geliefert
und zwar nach Maßgabe ihrer Anordnungen.

§ (Beworthende Besetzung Ober-
schleffens durch die Polen.) Die „Deutsche
Landzeitung“ meldet aus Oppeln: Von Polen
wird in letzten Zeit streng vertrauliche An-
schriften an angehende Gemeindeglieder ober-
schleffischer Gemeinden mit der Anfrage versandt,
ob sie bereit sein würden, im Falle der bevor-
stehenden Besetzung Oberschleffens durch die
Polen die Stellen in der Kommunalverwaltung
(insbesondere des Gemeindevorstandes oder Bür-
germeisters) zu übernehmen, wenn diese Stellen
durch die hiesige preussische Regierung besetzt
worden wären. Wahrscheinlich würden diese
Personen von einem polnischen Vertrauensmann
in Kürze hierher abgesehen werden. In
etwas bestimmten Falle ist ein solcher Besuch
durch eine solche Vertrauensperson erfolgt. Seine
Vertrauensperson war E. Linthner an dem Teils-
landtag der Polen in Posen. Von derselben
vertrauenswürdigsten Quelle wird auch berichtet,
daß der erwartete Einmarsch der Polen für die
ersten Wochen des Januar in Aussicht genom-
men ist.

§ (Der Kreislag Hildesheim) erledigte folgende
Vorlagen: Zu Mitgliedern der Einkommensteuer-
veranlagungskommission wurden Brauereibesitzer
Gausch (Lützen), Konstantin Dittmann (Hildes-
heim) und Bürgermeister Schwert (Nikolai) gewählt,
zu Stellvertretern Rentier E. Krummer, Kauf-
mann Rosenberger und Kaufmann Dittmann
(Nikolai). Es wurde beschlossen, daß der Kreis-
tag beschlußfähig sein soll, wenn aus nur ein
Drittel der Mitglieder anwesend ist. Zur Ge-
wählung von Unterscheidungen wurden 50000
Mark bewilligt, zur Erhöhung von Unter-
scheidungen an die Familien eingezogener Mann-
schaften 300000 Mark; für den letzten Zweck
wurden bisher 10600000 Mark ausgeben.

Es wurde beschlossen, zur Durchführung der Beschaffung der Geldmittel für die Familienunterstützungen erstehenden Kosten ein weiteres Darlehen von 450.000 Mark aufzunehmen; bisher sind dafür 1.100.000 Mark verbraucht worden. Ebenso beschloß der Kreistag, zur Zahlung von Gehaltsunterstützungen ein weiteres Darlehen von 180.000 Mark zur Verfügung zu stellen (bisher 400.000 Mark). Die Kosten der Gewerkschaftsfrage tragen zu einem Großteil die Gemeinden, zu einem kleineren Teil der Staat und Reich; der Kreis übernahm die Kosten für die Gemeinden vorläufig. Die dazu nötigen Geldmittel bewilligte der Kreistag. Er beschloß den Beitritt zu einer für die Gewerkschaften Schließung zu gründenden Rückhaltklasse und genehmigte die Aufgabe von Notgeld. Auf die Amtsvorbereitungslisten wurden Oberförster Meyer und Bräunlein, walters Göttsch aus Koblitz, Rittergutsbesitzer Dr. Stoewel (Jorzomfow) und Gutepächter Mojara (Wjow) gewählt. Schließlich wurden noch einige Mitteilungen gemacht, so über Verlängerung der Wahlsperiode der Kreistagsabgeordneten, über den Beitritt des Kreises zu der Reichsbahn-Gesellschaft und über die Kosten des Kreisvolkstrates.

Der Streik in Oberschlesien. Auf Schließung der Arbeiter Freitag ein Teil der Arbeiter die Verwaltungsgedäude, bemächtigte sich der Person des Direktors Dreher nach dem Verzicht für fünf und schloß sie mit Gewalt ins Schloss. Dort wurden beide Beamte auf einen Tisch gestellt und durch Todesdrohungen dazu gezwungen, die Forderungen der Arbeiter sofort zu bewilligen. Die wichtigste dieser Forderungen lautet auf Auszahlung von 800 Mark pro Kopf der Arbeiter bei der nächsten Forderung. Werden diese Forderungen überall ausgestellt werden, so wird dem ober-schlesischen Erbschaftsamt eine Mahnbilanz von 80 Millionen Mark aufgestellt. Die Arbeiter brachten darauf Postkarte auf Rosa Luxemburg und Plebschaft aus. Auch auf Danzigs Mark wurde die Verwaltung ebenfalls durch Anwendung von Gewalt dazu gezwungen, die Forderungen der Arbeiter zu erfüllen.

Zu den bisher im Streik befindlichen Gebieten kam als neue die Friedensgrube hinzu. Daß der ständige von polnischer und bolschewistischer Seite betriebene Agitation ist ein weiteres bedrohliches Anzeichen der Streikbewegung in den nächsten Tagen zu erwarten. Wenn nicht unverzüglich regierungstruppen in den Streikgebieten geschickt werden, so ist in den nächsten Tagen mit der Beendigung aller Betriebe durch ein kleines bolschewistisches Teil der Plebschaft, der die anderen Arbeiter terrorisiert, zu rechnen.

Polnische Arbeiterbegegnung. „Gazeta Ludowa“ vom 22. 12. schreibt: „In diesen Tagen hat die Gewerkschaft „Gleichen Geben“ aus Polen 500 Zentner Speisgerste besorgt. Wir haben sicherlich nichts dagegen, wenn die Gewerkschaft den Speisgerste auf einem legalen Wege erworben hat und wenn die Gewerkschaft den Speisgerste verteilt. Denn wir wissen, daß oft so verfahren wird, daß solche Speisgerste vor die Beamten erhalten. Es werden daher die Arbeiter nachher wissen, daß aus Polen Speisgerste angekommen ist und zwar 500 Zentner. Sie müssen aber gut aufpassen, daß den ganzen Vorrat nicht etwa die Beamten aufessen.“

Das polnische Blatt weiß natürlich genau, daß dieser Speisgerste gerade für die Arbeiter besorgt worden ist, und deshalb versucht es, mit seinen häßlichen Verdächtigungen erneut Zwietracht zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern zu säen. Das paßt recht hübsch zu den enttäuschten Erklärungen, mit denen die polnische Presse es abgelehnt hat, daß polnische Arbeiter an den letzten Streiks mit der Schuld tragen.

Das Gefängnis-Paradies. Eine neue Verfügung des Justizministers Dr. Hofmann bringt wesentliche Änderungen der Strafvollzüge. Das Schwergeld für die Strafschlichtung wird aufgehoben, der Direktor der Gefängnisse freier gestallt, dashalten von Tagesleistungen ohne Unterbindung der Parteilichkeit in weltlichem Amtangelegenheiten und der Tabaksmenge erleichtert. Aus den Mitteilungen der Disziplinärstrafen ist hervorzuheben, daß die Strafen der körperlichen Züchtigung und der Fesselung soweit sie überhaupt noch bestanden ganz beseitigt werden und der Dunkelzelle höchstens bis zur Dauer von sieben Tagen (statt bisher vier Wochen) verhängt werden darf.

Schleichhändlerkäufe. Die Umwälzungen, welche der Rückmarsch der Truppen und die Befreiung der Rheinland mit sich bringen, hat, wie das „Rölnischer Tageblatt“ schreibt, auch auf dem Gebiet der Nahrungs- und Genussmittel ihr Gutes gestiftet. Wenn man heute die Schaufenster der verlassenen Fatale, Zuckerwaren- und Biergeschäfte betrachtet, läßt einem das Herz im Leibe. Allenfalls findet man wieder Bonbons, Schokolade, Zigaretten, Sa-

bat, Wein, Konfituren und sonstige begehrte Bekleidungen ausgeht. Nach der erstaunte Bürger fragt sich jetzt, wo all die guten Sachen auf einmal so schnell verschwunden sind. Und ahnt nicht, daß sie schon immer da waren, daß sie aber nur zu ganz unerhöhten Preisen an bevorzugte Kunden abgegeben wurden. Nun wird die Konjunktur schlechter. Die heimlich angesammelten Vorräte der Geschäftleute drohen an Wert zu verlieren und werden deshalb schließlich auf den Markt geworfen, tritt wohl aus Angst, sie würden von den Besatzungstruppen beschlagnahmt, teils aber auch aus der wohlerwogenen Befürchtung heraus, daß demnach die noch ungenutzte Ware fließen werden. Der ehrliche Bürger glaubt gar nicht, welche Menge an Schokolade und Schokolade von Professionisten heute ausgeht. Wir dürfen hoffen, daß auch er nun bald der Vergessenen angehört. Dann kommt auch wieder die Zeit, wo man in den Läden der Städte das Gefühl hat, als kämmer und nicht als Bettler vor der nun auch entsetzten Hölle der Plebschaft zu stehen.

Die Verzählung von Kreisgewerkschaften aus Reichsmitteln. Ist bisher verweigert, sobald der Vater des Kindes aus dem Haus abwesend ist, war und sein. Gewerkschaftsmitglied mit der Aufnahme konnte. Eine neue Verordnung des Reichs der Volkswirtschaften stellt jetzt die Wochenhilfe auch für Geburtsfälle zu, die binnen 6 Wochen nach der Entlassung des Vaters aus dem Krankenhaus eintrifft. Die Wiederaufnahme der Gewerkschaftsmitgliedschaft bis zum Ablauf der normalen Bezugszeit nicht entzogen. Wichtigkeit wird das Reichsmittel in sichfindenden Müttern gewährte Hilfe allgemein in von 50 auf 75 Pfg. täglich herabgesetzt.

Katzen, 27. Dezember. Der 54jährige Gehobene und 17-jähriger Fatale Klotz in Groß-Peterwitz bei Ratibor hatte als Rentner der Spars- und Sparkassen: das ist in 9 Jahren nicht weniger als 189.000 Mark unterzulegen. Die Ratiborer Strafkammer verurteilte den gewisslosen Rentner mit Rücksicht darauf, daß derselbe jahrelang das Vertrauen der Gesellschaftsmitglieder in größtmöglicher Weise mißbraucht und gerade seine Güte empfindlich geschädigt hatte, wegen Untreue zu zwei Jahren Gefängnis. Für die Geschädigten verbleibt aus der Kontraktsumme eine Dividende von etwa 23 Prozent.

Entgegung des Vorstandes vom Vater. Frauen-Verein Sohrau auf das „Gungelant“ im hiesigen Stadtblatt. Bevor das „Gungelant“ erschienen war, hatte der Vorstand bewußt Angelegenheit in einer Sitzung ernstlich erörtern und berathen. Der Vorstand kam zu dem Entschluß, von einer einberufenen Generalversammlung aus folgenden Gründen abzuziehen: Seit Jahren wurden unsere Generalversammlungen fast nur von den Vorstandsmitgliedern besucht; es sind nur Ausnahmefälle gewesen, wenn zu den Versammlungen einige Mitglieder erschienen waren. Zugleich haben wir erfahren, daß von anderer Seite eine Verammlung zur Erklärung für Frauen bezüglich der bevorstehenden Wahlen ganz bestimmt in Aussicht genommen sei.

Auf Grund des § 12 der Wahlordnung für die Wahlen zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung vom 30. November 1918 und auf Grund des § 3 der am 19. Dezember 1918 durch ergangenen Abänderungsverordnung fordere ich hiermit auf, mir Wahlvorschläge einzureichen und Verbindungen von Vorschlägen zu erklären. Die Wahlvorschläge müssen bis spätestens den 4. Januar 1919, die Erklärung der Verbindungen bis spätestens den 12. Januar 1919 bei mir eingegangen sein. Verspätet eingegangene Wahlvorschläge oder erklärte Verbindungen sind nicht zugelassen.

In den Wahlvorschlägen sind die Bewerber mit Namen und Familiennamen aufzuführen und ihr Stand oder Beruf, sowie ihr Wohnort ist zu deutlich anzugeben, daß über die Persönlichkeit kein Zweifel besteht. Sie sind in erkennbarer Reihenfolge aufzuführen.

Die Wahlvorschläge müssen von mindestens 100 im Wahlkreis zur Ausübung der Wahl berechtigten Personen unterzeichnet sein. Sie dürfen nicht mehr Namen enthalten, als Abgeordnete im Wahlkreis zu wählen sind.

Im Wahlkreis Döppeln sind 16 Abgeordnete zu wählen. Von jedem vorgeschlagenen Bewerber ist eine Erklärung über seine Zustimmung zur Aufnahme in den Wahlvorschlag anzufügen. Eine Bestätigung dieser Erklärung ist nicht nötig. Im hiesigen Wahlkreis darf ein Bewerber nur einmal vorgeschlagen werden.

Die Unterschriften der Wahlvorschläge haben ihren Unterzeichneten die Angabe ihres Berufs oder Standes und ihrer Wohnung beizufügen. Eine Bestätigung der Unterschriften ist nicht nötig.

II. Unter mehreren Wahlvorschlägen für den Wahlkreis sollen nicht dieselben Unterschriften sein. Die im Wahlvorschlag benannten Bewerber können den Wahlvorschlag auch selbst unterzeichnen.

Gleichzeitige mit dem Wahlvorschlägen sind außer den Zustimmungserklärungen der vorgeschlagenen Bewerber Bestätigungen der Gemeindebehörden vorzulegen, daß die Unterschriften in die Wahllisten aufgenommen worden sind. Die Gemeindebehörden haben solche Bestätigungen unverzüglich gefahrenfrei auszusenden. In jedem Wahlvorschlag ist ein Vertrauensmann zu bezeichnen, der für die Verhandlungen mit dem unterzeichneten Wahlkommissar und dem zu bildenden Wahl-

kreis, zur Abnahme des Wahlvorschlags sowie zur Abgabe und Rücknahme von Verbindungs- und Bestätigungserklärungen bevollmächtigt ist. In derselben Weise kann ein Stellvertreter des Vertrauensmannes bezeichnet werden. Fehlt die Bezeichnung des Vertrauensmannes, so gilt der erste Unterszeichner als solcher.

Mehrere Wahlvorschläge können miteinander verbunden werden. Die Verbindung muß von den Unterzeichnern der Wahlvorschläge oder ihren Bevollmächtigten übereinstimmend spätestens bis 12. Januar 1919 schriftlich erklärt werden. Verbundene Wahlvorschläge können nur gemeinschaftlich zurückgezogen werden.

Die verbundenen Wahlvorschläge gelten den anderen Wahlvorschlägen gegenüber als ein Wahlvorschlag.

Döppeln, den 27. Dezember 1918.

Der Wahlkommissar für die Wahl zur Nationalversammlung im Wahlkreis Regierungsbezirk Döppeln.

R. v. Oberregierungsrat

Bekanntmachung.

Die Wahl zur Nationalversammlung

findet am 19. Januar 1919 statt. Die hierfür nach den gesetzlichen Bestimmungen angeordneten Wahlkreise (enthaltend alle männlichen und weiblichen Personen, die am 19. 1. 1919 das 20. Lebensjahr vollenden), haben volle acht Tage, d. h. vom 30. Dezember 1918 bis zum 6. Januar 1919 zu Jedermanns Einsicht auszuliegen.

Indem wir den Auslegungstermin hiermit bekannt geben, erfordern wir dringend im Interesse aller Wahlberechtigten und mit Rücksicht auf die außerordentliche Wichtigkeit dieser Pflicht, daß von der Einsichtnahme der Listen, welche in genannter Zeit während der Dienststunden von 8-3 Uhr im Stadtkreisrat - Zimmer 3 - öffentlich ausliegen, der ausgiebige Gebrauch gemacht wird, damit erreicht wird, daß jeder Wahlberechtigte auch wirklich in der Wahlliste verzeichnet ist und Zurückstellungen von Personen am Tage der Wahl wegen Nichtanfrage in die Wahllisten vermieden werden. Da die Listen wegen Mängel der Zeit mit größter Beschleunigung aufgestellt werden mußten, so liegt es sehr nahe, daß Wahlberechtigte versehentlich nicht aufgenommen worden sind.

Während der Auslegungsfrist - also vom 30. 12. 1918 bis 6. 1. 1919 - sind Einsprüche gegen die Wahllisten schriftlich oder zu Protokoll bei uns zu erheben, über welche der Magistrat in jedem Falle Entscheidung trifft. Nach dem 6. Januar 1919 dürfen Einsprüche nicht mehr angenommen werden.

Als Wahlort sind folgende fest:

- 1. Stimmbezirk: Bürgermeister Reiche, als dessen Stellvertreter Ratmann Sobotta.
 - 2. Stimmbezirk: Polizeikommissar Heering, als dessen Stellvertreter Ratmann Belgel.
- Das Wahllokal für den 1. Stimmbezirk ist das Stadtverordnetenversammlungszimmer (Rathaus) und für den 2. Stimmbezirk das große Kassenzimmer in der katholischen Volkshalle. Sohrau O.S., den 27. Dezember 1918.

Der Magistrat. Reiche.

Bekanntmachung.

Für die laufende Woche wird in den dringenden Verkaufsstellen gegen Abschritt q der Feilerte abgegeben: 50 q polnische Butter (1 Pfd. 4,35 M.) und 100 q Marmelade. Die Bezugsabschnitte q sind bis zum 2. Januar vor-mittags 10 Uhr abzuliefern.

Gegen Abschnitt 10 der Lebensmittelkarte wird bei allen Kaufleuten 200 q Grape und 50 q Suppe verabfolgt. Die Bezugabschnitte 10 sind bis zum 4. Januar 1919 bei den Kaufleuten abzugeben.

Die Ausgabe der Ware beginnt am 8. Januar 1919.

Sohrau O.S., den 31. Dezember 1918.

Der Arbeiter-Rat.

Reiche. Mewolik.

Bekanntmachung.

Am Freitag den 3. und Sonnabend den 4. Januar werden wir in unserer Volkshalle die allgemeinen Zusatzprotokolle, sowie auch die Zusatzprotokolle für die Schwer- und Schwerarbeiter an die Bezirksämter wie folgt ausgeben:

Freitag, den 3. Januar 1919

vormittags von 8-12 Uhr die Buchstaben A-G, nachmittags von 12-3 Uhr die Buchstaben H-L.

Sonnabend, den 4. Januar 1919

vormittags von 8-12 Uhr die Buchstaben M-R, nachmittags von 12-3 Uhr die Buchstaben S-Z.

Es wird ausdrücklich bemerkt, daß Selbstversorger keinen Anspruch auf die Zusatzprotokolle haben. Die Termine sind genau anzuhalten. Die roten Ausweisarten müssen vorgelegt werden.

Sohrau O.S., den 27. Dezember 1918.

Ein laubere

Bedienung

wird für sofort gesucht. Zu erfragen in der Exped. d. Bl.

Gv. Gemeinde Sohrau OS.
 Mittwoch, den 1. Januar: Neujahrstf. f.
 Vormittags 1/2 10 Uhr deutscher, vormittags
 11 Uhr polnischer Gottesdienst.

Danksagung.

Für die liebevollen Beweise herzlicher Teilnahme beim Hinscheiden und der Beerdigung unserer inniggeliebten, teuren Tochter und Schwester

Martha Willisch

sprechen wir hierdurch allen, besonders Herrn Pfarrer L o c h für die trostreichen Worte am Grabe, den herzlichsten Dank aus
 Sohrau OS., den 27. Dezember 1918.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Achtung!

Durch die Zwangsmaßnahmen, die der Arbeiter-Rat hierseits gegen die Sohrauer Schuhmacher betr. die Festsetzung der Höchstpreise für Besohlungen pp. erläßt, sehen wir uns zu unserem Bedauern gezwungen, jede Art von Besohlungen für die Einwohner abzulehnen, bis die Handwerkskammer resp. der Verband deutscher Schuhmacher-Innungen — Berlin — auf unsere Beschwerde entschieden haben wird. Wir sehen uns zu diesem Schritte umso mehr veranlaßt, als die Verfügung des Arbeiterrats, dem es an sachmännischen Mitgliedern aus unserer Branche mangelt, mit großer Härte und zwar nur gegen die Schuhmacher-Innung verfährt.

Sohrau OS., den 27. Dezember 1918.
 Die Schuhmacher-Innung.
 Joseph Bimler.

Wegen der enormen Preiserhöhung des Brennmaterials sehen wir uns veranlaßt, das **Brotgeld für Hausbackbrot** auf 5 Pf. pro Pfund zu erhöhen. Das Brotgeld für ein großes Blech Kuchen beträgt 0,50 M., für ein kleines Blech 0,25 M.
 Die hiesige Bäcker-Innung.

Es ist mir zu Ohren gekommen, daß sich an den Hof meines Lokals sowie gegen meine Löhner unwahre Gerüchte verbreitet werden. Ich warne deshalb jedermann vor Verbreitung dieser unverantwortlich falschen Gerüchte, da ich gegen jeden Urheber und Verbreiter gerichtlich vorgehen werde.

Richard Soika,
 Gastwirt.

Mein 4jähr. Sohn Johann

ist Montag nachmittag 3 Uhr von Hause fortgegangen und wird selbsten vermißt. Er ist ein für sein Alter kräftiger, mittelgroßer Junge mit vollem Gesicht. Er war bekleidet mit Strickjacke, Pelzmütze und langen Stiefeln und soll in Baranowitz Montag abend 8 Uhr angeblickt gesehen worden sein. Wer mir über seinen Aufenthalt Auskunft geben kann, wird gebeten, mich umgehend zu benachrichtigen. Alle Auslagen werden erlöst.

Franz Heynol,
 Str. Nr. 101.

Achtung!

Es werden fachgemäß Reparaturen aller Systeme Nähmaschinen, Schreibmaschinen, sowie Fahrräder, elektr. Haus- und Telephonleitungen, Musikapparate und Stereoparate unter Garantie ausgeführt.

E. Knoppek, Mechaniker,
 Löffelstraße 93.

Dominium Pawlowitz

sucht sofort nach Neujahr für das ganze Jahr **20 Burschen und 40 Mädchen** für landwirtschaftliche Arbeiten bei freier Wohnung, Verköstigung und Tagelohn nach Vereinbarung.

Neujahrs-Karten mit und ohne Namensdruck und alle Arten **Kalender** empfiehlt in großer Auswahl Hanolds Papierhandlg.

Elektr. Osramlampen wieder elgetroffen. H Schleier, Ring.

An die Privat-, Gemeinde- u. Reichs-Beamtenchaft Sohrau's und Umgegend!

In einer am 18. Dezember in Glewitz stattgefundenen Versammlung von Reichs-, Staats-, Gemeinde- und Privatbeamten ist behufs gemeinsamen Vorgehens und Wahrung einheitlicher Interessen sowie St. Ausnahmeweise der Beamtenchaft zu den Wahlen der Nationalversammlung einstimmig beschlossen worden, sämtliche Beamtengruppen zusammenzuschließen zu einem Orts- bzw. Kreis-Verband.

Um die Richtlinien zur Organisation festzulegen, soll am **Donnerstag den 2. Januar, abends 8 Uhr im Hotel „Zur Post“** eine Sitzung stattfinden, zu der alle Privat-, Gemeinde-, Reichs- und Staatsbeamten eingeladen werden.

Tages-Ordnung:

- 1) Zusammenschluß sämtlicher Beamtengruppen in einem Ortsverband.
- 2) Eventl. Bildung von Beamtenausschüssen in den einzelnen Beamtengruppen.
- 3) Wahl eines Ausschusses, bestehend aus einem Vorsitzenden und je einem Vertreter der einzelnen Beamtengruppen, sowie deren Stellvertreter.
- 4) Anschluß an den Kreisverband Rybnik im Anschluß an den Zentralbeamtenrat des Regierungsbezirks Oppeln.
- 5) Beschließend.

Der Vorbereitungs-Ausschuß.

Ing. Wieseemann, Betriebsleiter.	Pawlik, Kümmerei- u. Sparkassen-Kendant.	Weissmann, Ober-Postkassier.
Rathmachers, Postmeister.	Zimmermann, Amtsgerichtsekretär.	Renelt, Lehrer.
Schymanietz, tech. Kaufmann	Niemack, Bahnhofs-vorsteher.	Jankowsky, Eisenbahn-Unterassistent

Frauen oder Mädchen
 welche Strickmaschinen besitzen, auf große Heimarbeit gesucht.
Kaufhaus Rahmer, Rybnik.

Vom 1. Januar 1919 ab befindet sich mein Büro
Ratibor Zwingerstr. Nr. 28
 (Hotel Stadt Wien).
Steiner, Rechtsanwalt.

Statt Karten!
Lieschen Teulloff
Kurt Kayser
 (Verlobte).
 Berlin. Sohrau O.-S.

Lichtspielhaus Sohrau
 (Schütten's Saal.)
 Am Neujahrstage
 Mittwoch, den 1. Januar 1919:
Der Herr der Welt.
 Zweiter Teil.
 Das Aufsehen erregende und hierorts spannend erwartete **Drama** in 4 Akten.
Kinderhände.
 Zeitbild in 2 Akten.
Hochseefischerel.
 Klavierbegleitung.
 Für Erwachsene: Erste Vorführung 1/2 5—7 Uhr, zweite von 1/2 8 Uhr ab.
 Um zahlreichen Besuch bittet
Die Spielleitung.

Ein fröhliches
Neues Jahr
 wünscht den werten Gästen
Lichtspielhaus Sohrau.

Allen geschätzten Kunden und lieben Bekannten
 die herzlichsten Glückwünsche zum Neuen Jahr!
 Sohrau OS., 1. 1. 1919.
Franz Kutz.

Dem verehrl. Publikum von Sohrau und Umgegend bringe ich hiermit zur Kenntnis, daß ich durch meine Stellung an Fachkursen
als Masseur
 in der Lage bin, alle in diesem Fach einschlagende und auf ärztliche Verordnung beruhende Massage voll und ganz auszuführen.
 Auch kann Massage in meiner Wohnung ausgeführt werden.
 Hochachtungsvoll
Ch. Gebhard,
 ausgebildeter Masseur.

Die Libon'sche Niedermühle
 habe ich pachtweise übernommen und empfehle mich den geehrten Landwirten pp. zur besten Verarbeitung von
Wahlgut aller Art.
Julius Henkel.

3 Morgen Feld,
 12 km an der Woriner Chaussee, und
1 Maschine zur Herstellung von Zementdachsteinen
 umständehalber sofort zu verkaufen.
E. Katscher, Zaborze.

Zu meinem Ringhaute ist
der große Laden
 nebst Wohnung zu vermieten und bald oder später zu beziehen.
C. Unruh.
 Die von Herrn Zollausseher Klopsch in meinem Hause innehabende
Wohnung
 ist zu vermieten und 1. April 1919 zu beziehen.
Johann Gally, Bahnhofstraße.
Verloren brauner Handschuh.
 Gegen Belohnung abzugeben bei
Lipus, Schneidemesser.